

FDP Wetterau

FDP BRINGT FAHRGASTBEIRAT IN KREISTAG AM 30.10.

27.10.2024

FDP-Politiker setzen sich für Fahrgastbeirat im Wetteraukreis ein – Forderung nach Geschäftsordnung und Einbindung aller Verkehrsbetriebe

Der Wetterauer FDP-Bundestagsabgeordnete Peter Heidt, der Fraktionsvorsitzende der FDP im Wetterauer Kreistag, Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn, und die Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen in der Wetterau, Paula Preiß, haben sich mit Vertretern des Fahrgastverbands PRO BAHN getroffen, um über die Einrichtung eines Fahrgastbeirats im Wetteraukreis zu sprechen. Bei dem Treffen, an dem der hessische Landesvorsitzende von Pro Bahn, Thomas Kraft, das Landesvorstandsmitglied Philipp Loth sowie die Regionalvorsitzende des Großraums Frankfurt, Dr. Barbara Grassel, teilnahmen, ging es um die Chancen und Herausforderungen, die ein solches Gremium mit sich bringen könnte. Ziel eines Fahrgastbeirats wäre es, die Meinung derjenigen in den Entscheidungsprozess einzubringen, die den öffentlichen Nahverkehr täglich nutzen.

Thomas Kraft, Landesvorsitzender von PRO BAHN betonte in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit eines solchen Gremiums: „Ein Fahrgastbeirat gibt denjenigen eine Stimme, die tagtäglich den öffentlichen Nahverkehr nutzen. Er ist nicht nur eine Plattform für Beschwerden, sondern ein konstruktives Forum, das aktiv zur Verbesserung des Nahverkehrs beiträgt.“ Die Vertreter von PRO BAHN stellten klar, dass ein solcher Beirat die Möglichkeit bieten würde, die Interessen der Fahrgäste objektiv und unabhängig von kommerziellen Interessen der Verkehrsunternehmen zu vertreten.

Die FDP-Fraktion im Wetterauer Kreistag unterstützt die Einrichtung eines Fahrgastbeirats grundsätzlich. FDP-Fraktionsvorsitzender Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn betonte jedoch die Notwendigkeit, alle relevanten Akteure, insbesondere die Verkehrsbetriebe im Kreis, einzubeziehen. „Es ist wichtig, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Nur so

kann der Beirat wirklich objektiv und konstruktiv arbeiten. Wir wollen nicht, dass wichtige Verkehrsbetriebe von vornherein ausgeschlossen werden.“ In diesem Zusammenhang hat die FDP-Fraktion einen Änderungsantrag formuliert, der fordert, dass der Kreistag den Kreisausschuss beauftragt, bis Februar 2025 einen Satzungs- und Geschäftsordnungsentwurf für einen Fahrgastbeirat im Wetteraukreis zu erarbeiten und dem zuständigen RUW vorzulegen.

Paula Preiß, Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen, sieht in einem Fahrgastbeirat eine Chance, die Verbindung zwischen den Fahrgästen und den Verkehrsunternehmen zu stärken: „Die Wetterau ist im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs sehr gut vernetzt. Ein Fahrgastbeirat würde sicherstellen, dass die Perspektive der Nutzer in die Entscheidungen einfließt. Gerade für junge Menschen, die täglich auf den Nahverkehr angewiesen sind, ist das von enormer Bedeutung.“

Peter Heidt berichtete aus seinen eigenen Erfahrungen mit der Deutschen Bahn im Fernverkehr. „Ich fahre regelmäßig mit dem ICE nach Berlin und habe meist gute Erfahrungen gemacht – pünktliche Züge und ein reibungsloser Ablauf. Aber wir müssen auch die Probleme im Nahverkehr sehen. Hier gibt es immer wieder Ausfälle und Verspätungen.“ Jörg-Uwe Hahn pflichtete ihm bei und forderte, dass strukturelle Probleme der Bahn angegangen werden müssen, um einen zuverlässigeren Betrieb sicherzustellen. „Wir brauchen weniger, aber dafür pünktliche und verlässliche Züge. Ein gut funktionierender Nahverkehr ist essenziell für die Menschen in der Region.“

Die Wetterauer Liberalen und die Vertreter von PRO BAHN waren sich einig, dass ein Fahrgastbeirat ein wichtiges Instrument sein könnte, um die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs in der Wetterau zu verbessern. Ein solcher Beirat, unterstützt durch eine klare Geschäftsordnung, könnte sicherstellen, dass die Meinung der Bürger in den Entscheidungsprozess einfließt. So könnten die tatsächlichen Bedürfnisse der Fahrgäste besser berücksichtigt werden, um den Nahverkehr in der Region effizienter und kundenfreundlicher zu gestalten.

v.l.n.r.: Peter Heidt, Paula Preiß, Philipp Loth, Thomas Kraft, Dr. Barbara Grassel und Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn